



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Klubobfrau Ina Bergmann

Graz, 23. 2. 2016

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am 25. Februar 2016

An Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betrifft: Öffentliche Durchwegung im Josef-Krainer-Park in Webling

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Seit Fertigstellung des Plabutschtunnels gibt es am südlichen Portal in Straßgang über der Unterflurtrasse der Autobahn den Josef-Krainer-Park. In diesem Park wurde auch eine Sport- und Freizeitanlage der Stadt Graz für den Bezirk Straßgang geschaffen, welche von der Bevölkerung, vor allem von Jugendlichen, auch sehr gut genutzt wird. Weiters gibt es eine alternative Gartengemeinschaftsanlage sowie einen Rundweg für die Bevölkerung auf diesem Gelände.

Seit Jahrzehnten wird dieser kleine Park von vielen Menschen aus der Umgebung sehr vielfältig und gerne genutzt.

Im Norden angrenzend wurde jetzt eine Wohnanlage von der Firma Kohlbacher errichtet.

Seit kurzen wurde nun ein Weg, der jahrzehntelang von der Bevölkerung in Anspruch genommen wurde und als Rundweg dieses Parkes dient, abgesperrt und steht somit nicht mehr der Allgemeinheit zur Verfügung.

Durch die rasant zunehmende Verbauung sowie immer mehr Verkehrsaufkommen in Webling sind solche kleinen Spazierwege für die Bevölkerung sehr wichtig. Leider ist festzustellen, dass hier schleichend immer mehr Zäune und Absperrungen errichtet werden und somit nur mehr von ständigem Verkehr belastete Straßen zur Verfügung stehen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
ich richte daher im Namen des KPÖ Gemeinderatsklubs an Sie folgende

Frage:

Sind sie bereit, sich in Ihrer Verantwortung für das Zivilrechtsreferat sowie im Sinne des Prinzips der Durchwegung, wie es im Stadtentwicklungskonzeptes dargelegt ist, zu prüfen, ob der gesamte Rundweg im Josef-Krainer-Park wieder den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung gestellt werden kann?